

Antrag	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus:	VO/2016/7388-01 öffentlich		
Mehr Sicherheit an öffentlichen Plätzen durch Videoüberwachung (CDU-Fraktion) – Änderungsantrag Zählgemeinschaft Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (TOP 5.10)				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	30.08.2016	N	Vorberatung	9.10.
Rat der Stadt Osnabrück	30.08.2016	Ö	Entscheidung	5.10

Beschluss:

~~Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Osnabrück Möglichkeiten einer weiterführenden Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Osnabrück in rechtlicher, technischer und finanzieller Hinsicht zu prüfen. Dabei sollen belebte Plätze und Kriminalitätsschwerpunkte eine besondere Berücksichtigung erfahren. Hierzu muss ebenso geprüft werden, inwieweit Gebäude und Liegenschaften im Eigentum der Stadt Osnabrück und ihrer kommunalen Gesellschaften für die Installation entsprechender Videotechnik der Polizei genutzt werden können. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung vorzustellen.~~

Die Verwaltung wird gebeten, die Polizeiinspektion Osnabrück um einen Vortrag im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung zu bitten, in dem darzustellen ist, welche polizeilichen Maßnahmen geeignet sind, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Dabei ist insbesondere die Videoüberwachung zu berücksichtigen: was kann sie leisten, was nicht und welche datenschutzrechtlichen Grundsätze sind zu beachten.

Beratungsergebnis:

Der geänderte Beschluss wird **mehrheitlich angenommen.**